

An die Oberbürgermeisterin
Frau Henriette Reker

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln
Postanschrift:
Postfach 103564 · 50475 Köln
Tel: 0221/221-27840 · Fax: 0221/221-27841
E-mail: DieLinke@stadt-koeln.de
Fraktionsvorstand

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 21.04.2021

AN/0900/2021

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	06.05.2021

Unterstützung von benachteiligten Stadtteilen in der Corona-Pandemie

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
die Fraktion DIE LINKE bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Rates zu setzen.

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

I.

Der Rat der Stadt Köln will darauf hinwirken, dass auch in den benachteiligten Stadtteilen die durchschnittlich angestrebte Impf-Quote von mehr als 70 % erreicht wird.

Der Rat der Stadt Köln bittet die Verwaltung um die Umsetzung folgender Maßnahmen:

1. Impfstrategien und Einrichtungen zu schaffen, die insbesondere Menschen in benachteiligten Stadtteilen erreichen, z. B. durch dezentrale Impfmöglichkeiten oder temporäre Arztpraxen. Die Stadt wirkt auf die Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein ein, dass die wenigen Arztpraxen in den benachteiligten Quartieren mehr Impfstoff erhalten, damit gleiche Bedingungen geschaffen werden.

2. In benachteiligten Stadtteilen zusätzliche dezentrale Einrichtungen zu schaffen, in denen kostenlose Corona-Testungen möglich sind.
3. Info-Materialien in verschiedenen Sprachen bereit zu stellen und aufsuchende Beratungen zu schaffen, damit Menschen, die die deutsche Sprache nicht gut beherrschen, in die Impfstrategie einbezogen werden.
4. Mehrsprachige Anti-Corona-Guides und Streetworker in den benachteiligten Stadtteilen einzusetzen, um auf die Menschen zuzugehen, zu informieren und ihnen Hilfen anzubieten: Masken zur Verfügung zu stellen und auf Test- und Impfmöglichkeiten hinweisen.
5. Die Bürgerhäuser und Jugendzentren in den benachteiligten Stadtteilen sowie Jugendorganisationen und Jugendhelfer*innen mit zusätzlichen Finanzmitteln auszustatten, damit weitere Angebote geschaffen werden können, die auf die Bedürfnisse in den jeweiligen Quartieren zugeschnitten sind.
6. Hinsichtlich der Notbetreuung an Schulen, die das neue Infektionsschutzgesetz ermöglicht, sollte die Stadt beim Land mit dem Ziel vorstellig werden, dass die Schulen selbst flexibel entscheiden können, welche Schüler*innen mit besonderem Bedarf an psychosozialer und pädagogischer Unterstützung – die oft solche aus Familien mit geringerem Einkommen sind – sie im Schulgebäude in Präsenz coachen.
7. Schulen und Kitas in Stadtteilen mit vielen Familien mit geringem Einkommen sollen nach dem Kölner Sozialindex besonders unterstützt werden: durch kurzfristige Einstellung von momentan erwerbslosen Sozial-, Museums-, Sport-, Theaterpädagoginnen und Anmietung von vorübergehenden zusätzlichen Räumen im Umfeld der Schulen, auch für Lernorte im öffentlichen Raum mit WLAN-Anschluss.
8. Schulen mit vielen Kindern aus einkommensarmen Familien sollen nach Kölner Sozialindex einen erhöhten Anteil an digitalen Endgeräten zum Verleih erhalten und bei notwendiger digitaler Infrastruktur bevorzugt werden.
9. Die für die nächsten Jahre geplanten Einstellungen von Sozialarbeiter*innen sollen so rasch wie möglich vorgezogen werden, wobei die in Punkt 8 genannten Schulen bevorzugt mit Schulsozialarbeiter*innen ausgestattet werden.

10. Die Schulverwaltung soll betroffene Kinder und Jugendliche bei der Antragstellung für Computer, Tablets und Drucker im Rahmen des ALG-II beim JobCenter unterstützen. Die Stadt Köln soll auf das JobCenter zugehen, um zu prüfen, wie das bisherige Programm noch verbessert werden kann.
11. Die Ausgabe und direkte Belieferung von kostenlosem Mittagessen nach den Möglichkeiten von Bildung und Teilhabe (BUT) an die betroffenen Kinder und Jugendlichen in Zusammenwirken und Kooperation von Schulverwaltung, Eltern und Caterern soll massiv ausgebaut werden.

II.

Ausgangssperren insbesondere in benachteiligten Stadtteilen sind falsch und kontraproduktiv. Die Ansteckungsgefahr ist vor allem in geschlossenen Räumen sehr hoch. Wenn Familien mit mehreren Kindern in beengtem Wohnraum leben, ist es ganz wichtig, dass sich die Kinder und auch die Erwachsenen nach den Regeln des Abstandhaltens im öffentlichen Raum bewegen können. Der Rat der Stadt Köln fordert vom Kölner Ordnungsamt und von der Polizei ein kommunikatives Vorgehen.

III.

Die Finanzmittel für die Maßnahmen werden den Dezernaten von der Kämmerei aus den zusätzlichen Haushaltsmitteln des Rates der Stadt Köln für Corona-Maßnahmen zur Verfügung gestellt.

Begründung:

Die Studie des Fraunhofer-Instituts in Kooperation mit dem Kölner Gesundheitsamt verdeutlicht, dass Menschen mit geringem Einkommen in der Corona-Pandemie besonders gefährdet sind. In den benachteiligten Stadtteilen liegen in den letzten Wochen die Inzidenzwerte oft doppelt bis dreimal über dem städtischen Durchschnitt. Deshalb sind besondere Maßnahmen für diese Stadtteile unbedingt erforderlich.

Bereits im letzten Jahr hatte der Kölner Politikwissenschaftler Prof. Christoph Butterwegge in seinem Buch „Ungleichheit in der Klassengesellschaft“ darauf hingewiesen, dass sich die Kluft zwischen Arm und Reich mit der Pandemie noch vertieft. Es trifft *„die Finanzschwächsten, weil sie auch zu den Immunschwächsten gehören.“*

Diesen bundesweiten Prozess werden wir über die Kölner Kommunalpolitik nicht einfach stoppen können. Der Rat der Stadt Köln will gemeinsam mit der Verwaltung

alles Erdenkliche tun, um die Not zu lindern und die digitale Teilhabe zu ermöglichen.

Die Bezirksvertretung Chorweiler hat mit den Stimmen aller demokratischen Fraktionen den Appell an die Landesregierung gerichtet, ein Impfzentrum in Chorweiler zu errichten. Dieser Appell ist für den Rat der Stadt Köln eine Warnung und ein Zeichen, dass für die benachteiligten Stadtteile in der derzeitigen Lage Besonderes unternommen werden muss. Wissen wir doch, dass die Arztdichte in diesen Stadtteilen deutlich geringer ist und auch dies Einfluss auf den Impfprozess nehmen kann.

Mit freundlichen Grüßen

Gez.

Michael Weisenstein
Fraktionsgeschäftsführer